

EINLEITUNG: DIE GEISTER, DIE SIE RIEFEN...

Der 9. November 1989, am frühen Abend: Drei der vier im Bundestag vertretenen Fraktionen sind zusammen getroffen, um über anstehende politische Fragen zu diskutieren. Die Fraktionschefs von CDU/CSU, SPD und FDP sitzen mit Kanzleramtschef Rudolf Seiters zusammen, als plötzlich Meldungen über weitreichende Änderungen in der Grenzpolitik der DDR eintreffen. Die Fraktionsvorsitzenden und der Kanzleramtschef trauen den Nachrichten zunächst nicht. Dann aber bestätigt sich: Um 18.53 Uhr hat Günter Schabowski, Pressesprecher des DDR-Politbüros, in einer Pressekonferenz die sofortige Aufhebung der Reisebeschränkungen in den Westen bekannt gegeben. Der Fall der Berliner Mauer kündigt sich an. Die Runde um Seiters beschließt zu handeln: Zunächst informieren sie Bundeskanzler Kohl, der sich auf Staatsbesuch in Warschau befindet.¹ Anschließend beantragen sie die Unterbrechung der laufenden Plenardebatte. Als diese knapp zwanzig Minuten später wieder aufgenommen wird, tritt der Kanzleramtschef ans Rednerpult und erklärt: „Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind historische Prozesse, die wir erleben, in Ungarn, in Polen, aber jetzt auch in der DDR.“² Abgeordneten aller Parteien wird die Gelegenheit eingeräumt, spontan eine Erklärung abzugeben. Die in jeder einzelnen dieser Reden zum Ausdruck kommende Freude über die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze³ beschert den Parlamentariern der verschiedenen Parteien einen seltenen Moment vollständiger Einigkeit. Der Deutsche Bundestag zeigt sich emotional wie selten: Spontan stimmen drei Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion die deutsche Nationalhymne an. Nach kurzem Zögern singen die anderen Fraktionen geschlossen mit. Alle, bis auf die Abgeordneten der Grünen. Einige bleiben sitzen, andere, vor allem in den vorderen Reihen, erheben sich zögernd, wieder andere verlassen den Saal.⁴ Wie vielleicht kein anderes Ereignis steht die Reaktion der Grünen Abgeordneten auf das Singen der Nationalhymne als Symbol für das gespaltene Verhältnis der Partei zum anderen deutschen Staat und die innere Uneinigkeit der Grünen darüber, wie mit der DDR zu verfahren sei. Mit dem Fall der Berliner Mauer ging ein turbulentes Jahrzehnt Grüner Deutschlandpolitik zu Ende. Es war geprägt gewesen von heftigen Debatten um den richtigen Umgang mit der DDR, durch das chaotische Nebeneinander oftmals konträrer Politikansätze und die bis zum Schluss anhaltende Unfähigkeit zur Konsensfindung. Der 9. November 1989 verlangte der Partei schließlich eine Neuorientierung ab, die weit über die Deutschlandpolitik hinausreichte.

¹ Vgl. „Nicht nur Aufgabe einer Generation“ - Interview mit Rudolf Seiters', *Das Parlament* 36-37/2010 - *Online Ausgabe* unter: Deutscher Bundestag
<<http://www.bundestag.de/dasparlament/2010/36-37/Themenausgabe/31068604.html>>, zugegriffen am 7. April 2011.

² Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Plenarprotokoll 11/174* (Bonn, 9. November 1989): 13221B.

³ Vgl. ebd.: 13221Cf.

⁴ Kleinert, Hubert: *Vom Protest zur Regierungspartei* (Frankfurt am Main, 1992): 331.

Als die Grünen im März 1983 in den Deutschen Bundestag einzogen waren, umwehte sie der Hauch einer Hoffnung auf eine friedlichere und sozialere Politik. „Der schmale Keil in der Mitte des Plenums, den die 27 alternativen Parlamentarier besetzten“, symbolisierte „einen Riss in der Nachkriegsgeschichte“, wie der Historiker Edgar Wolfrum treffend formuliert.⁵ Alte Strukturen begannen zu wackeln, der Plenarsaal füllte sich mit turnschuhtragenden Friedensaktivisten, Umweltschützern, Anti-Atom-Kämpfern und Frauenrechtlerinnen.

Auch in der Deutschlandpolitik brachen die Grünen mit altbekannten Mustern. Ein Großteil der Parteimitglieder gehörte der ersten Generation an, die bereits in ein geteiltes Land hineingeboren worden war. Ihre Politik konzentrierte sich auf die Bundesrepublik, die sie gleichzeitig nicht als „ihren“ Staat betrachteten. Am wenigsten akzeptierten sie deren Alleinvertretungsanspruch für ganz Deutschland. Als erste Parlamentspartei in der deutschen Nachkriegsgeschichte traten die Grünen für die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit ein. Gleichzeitig sahen sie sich als Vorkämpfer für die Einhaltung der Menschenrechte und die Einführung von mehr Basisdemokratie überall auf der Welt. Mehr als jede andere Partei im Deutschen Bundestag solidarisierten sich die Grünen daher mit der Opposition in der DDR.

Die Grünen vereinigten die maximale äußere Anerkennung mit der maximalen inneren Ablehnung der DDR. Ihre Haltung zur Deutschlandpolitik brachte zu Beginn der 1980er Jahre neuen Wind in die deutsch-deutschen Beziehungen und ließ die Partei gegen Ende des Jahrzehnts ins politische Abseits geraten. Ende 1989 fand sich die Partei so in der paradoxen Situation wieder, abzulehnen, was sie selbst mit verursacht hatte. Die Geister, die sie gerufen hatte, ließen sich nicht so einfach loswerden.

Im parteipolitischen Vergleich bildete die Deutschlandpolitik der Grünen eine absolute Ausnahme. Dass sie in der geschichts- und sozialwissenschaftlichen Forschung trotz dieser Sonderrolle nach wie vor zu einem „eher vernachlässigten Forschungsbereich“ gehört, wurde bereits 2003 von dem Historiker Udo Baron zu Recht kritisiert.⁶

Die Gründe dafür, dass die Deutschlandpolitik der Grünen bisher nicht im Fokus der Forschung stand, hängen mit ihrer Rolle als kleine Oppositionspartei zusammen, die sich zudem am äußeren Rand des parlamentarischen Parteiensystems befand. Ihr Einfluss auf die deutsch-deutschen Beziehungen war daher von eher subtiler Natur.

Auf politischer Ebene mussten die Grünen feststellen, dass ihre Mitgliedschaft im ‚Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen‘ allein nicht genügte, um Einfluss auf die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik zu nehmen. Die „eigentlich wesentlichen Informationen“ liefen nach wie vor über Kanäle, die den Grünen nicht zugänglich waren.⁷ Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) konstatierte, dass die Grünen außerdem „keine ernsthafte Gefährdung für die Interessendurchsetzung der Unternehmensverbände gegenüber dem Staat“ seien und daher auch ihr Einfluss auf

⁵ Wolfrum, Edgar: „1968“ in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 22-23 (2001): 31.

⁶ Baron, Udo: *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei 'Die Grünen'* (Diktatur und Widerstand, Bd. 3; Münster/Hamburg/London, 2003): 5.

⁷ Vgl. Schnappertz, Jürgen: Von allen Teilnehmer/n/innen genehmigtes Protokoll der wissenschaftlichen Tagung der AG „Deutschlandpolitik“ des AFI am 7. Juli 1984 in Bonn zu Problemen einer grünen Deutschlandpolitik (Bonn, 3. September 1984), *Archiv Grünes Gedächtnis (AGG)*, B II, 1/Akte 2056.

die wirtschaftlichen Vorgänge in der Bundesrepublik begrenzt sei.⁸ Damit blieb einerseits das Interesse der SED an den Grünen begrenzt.

Andererseits, das zeigt der Blick in die Akten des MfS, verursachten die Grünen im „anderen Deutschland“ trotzdem erhebliche Irritationen. Sie passten nicht in das Freund-Feind-Schema des SED-Staates. Eine an der Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit verfasste Dissertation sprach gar von „Ratlosigkeit über den Umgang“ mit den Grünen.⁹ „Grünes Denken“ wurde darin als „zutiefst widersprüchlich und ambivalent“ beschrieben.¹⁰ Diese Widersprüchlichkeit führte dazu, dass die SED zu keinem abschließenden Urteil über diese politische Neuschöpfung ihres Nachbarstaates gelangen konnte. Sie musste sich immer wieder aufs Neue mit den Grünen auseinandersetzen. Aus zwei Gründen konnte die SED die Grünen nicht ignorieren: Erstens wäre sie sonst Gefahr gelaufen die Möglichkeit einer fruchtbaren Zusammenarbeit ungenutzt verstreichen zu lassen. Zweitens versuchte sie zu verhindern, dass die Grünen zu einer Gefahr für den inneren Zusammenhalt der DDR werden konnten. Indem sich die SED aber mit den Zielen und Wünschen der Grünen beschäftigte, beeinflussten diese auch die Politik der Sozialistischen Einheitspartei.

Die Grünen waren die einzige Partei im Bundestag, die die von den Regierungskoalitionen immer wieder geforderte und beschworene Solidarität mit „unseren Landsleuten“ im Osten¹¹ tatsächlich aktiv praktizierte. Als Carlo Jordan und andere sich Anfang der 1990er Jahre daran machten, die Dokumentationen des Ministeriums für Staatssicherheit über die Zusammenarbeit der Westparteien und DDR-Oppositionsgruppen auszuwerten, wurden mehr als zwanzig Kontakte zwischen den Grünen und oppositionellen Gruppen registriert. Für CDU/CSU und FDP ergaben sich keinerlei überlieferte Kontakte,¹² für die SPD waren es fünf.¹³ Schon in der Wahlplattform der Grünen zur Bundestagswahl 1980 hatte es geheißen: „Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg.“¹⁴ Das bekam auch die SED zu spüren. Mit Rudolf Bahro, Jürgen Fuchs und Roland Jahn fanden im Laufe der Jahre gleich mehrere DDR-Dissidenten ihren Weg in die Partei. Somit leisteten die Grünen trotz ihrer vergleichsweise geringen Größe einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der DDR-Opposition und damit auch zum Fall der Berliner Mauer.

Die Haltung der Grünen zur Deutschen Frage hingegen gibt vor allem Aufschluss über die Selbstdefinition vieler Deutscher, die in den Studentenunruhen der späten

⁸ Einicke, Ludwig et al.: Die Grünen im politischen System der BRD und ihre Positionen zu den Grundfragen der Gegenwart. Politische und politisch-operativ bedeutsame Differenzierungsprozesse und Tendenzen (Dissertation an der Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit 1989), *Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)*, MfS JHS. 227.

⁹ Ebd.: 31.

¹⁰ Ebd.: 42.

¹¹ Kohl, Helmut: Rede vor dem Deutschen Bundestag (15. März 1984), in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), *Bundeskanzler Helmut Kohl. Reden 1982–1984* (Bonn, 1984).

¹² Anm.: Es werden lediglich Kontakte von Pfarrer Eppelmann zu allen Parteien erwähnt, was diese Parteien einschließt.

¹³ Vgl. Jordan, Carlo et al.: Die Grünen der Bundesrepublik in der politischen Strategie der SED-Führung (Zwischenbericht), *AGG*, B I, 1/Akte 1379: 33f.

¹⁴ Die Grünen (Hrsg.): *Wahlplattform zur Bundestagswahl 1980. Ökologisch. Sozial. Basisdemokratisch. Gewaltfrei* (Bonn, 1980): 8.

1960er Jahre und in den Bürgerinitiativen der 1970er Jahre sozialisiert und politisiert wurden. Die Akzeptanz der DDR als Staat durch die Grünen war ein Novum im parlamentarischen Betrieb der Bundesrepublik. Sie spiegelte die verschiedenen Strömungen der politischen Linken zur Deutschen Einheit wider. Diese reichten von orthodoxen, DDR-nahen Positionen über die Ablehnung der Einheit als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Vergangenheit des Landes bis hin zu linksnationalen Vorstellungen.

Seit Beginn ihres Bestehens definierte sich die Bundesrepublik wesentlich über die Auseinandersetzung mit und die Abgrenzung von der DDR. Das galt für die konservativen Kreise ebenso wie für links-alternative Bewegungen. Seit 1990 schließlich ist das Selbstverständnis der Deutschen in ebenso großen Teilen geprägt durch den Wunsch und die Bemühungen, dauerhaft zusammenzuwachsen. Erforschung und Aufarbeitung der SED-Herrschaft bildeten daher bereits vor, insbesondere aber nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 einen wichtigen Gegenstand der zeitgeschichtlichen und politischen Forschung. Motiviert sind sie vor allem durch den Wunsch, eine angemessene Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit zu ermöglichen.

Die Auseinandersetzung der Grünen mit der deutschen Teilung, ebenso wie ihre direkten Interaktionen mit der SED und den Bürgerrechtsgruppen in der DDR, sind Teil der Aufarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit. Sie zeigen, dass es zwischen 1945 und 1990 eben nicht zwei voneinander unabhängige deutsche Geschichten gegeben hat, sondern dass beide Systeme in vielfältiger Wechselwirkung standen. Die Analyse Grüner Deutschlandpolitik zwischen 1979/80 und 1990 ist daher ein Beitrag zur gesamtdeutschen Geschichte. Sie steht im Zentrum der vorliegenden Arbeit.

Folgende Forschungsfragen leiten die Analyse: Wie begegneten die Grünen dem anderen deutschen Staat? Welche Ziele verfolgten sie gegenüber der DDR und wie versuchten sie diese Ziele umzusetzen? Nicht zuletzt geht es dabei auch darum, wie die Grünen die Frage der deutschen Zweistaatlichkeit, die Deutsche Frage, beantworteten.

Forschungsstand

Die Liste der bislang zur Deutschlandpolitik der Grünen erschienen Publikationen ist kurz. Ein Großteil davon wurde bereits in den achtziger Jahren veröffentlicht. Diese Arbeiten bilden einen wichtigen ersten Beitrag für die Analyse Grüner Deutschlandpolitik. Hierzu gehört unter anderem eine von Rudolf Horst Brocke 1985 erstellte Synopse über die deutschlandpolitischen Positionen der Bundestagsparteien¹⁵ sowie die Veröffentlichung Volker Gransows mit dem Titel „A Greening of German-

¹⁵ Vgl. Brocke, Rudolf Horst: *Deutschlandpolitische Positionen der Bundestagsparteien - Synopse* (Erlanger Beiträge zur Deutschlandpolitik, Bd. 1; Erlangen, 1985); Anm.: In Zusammenarbeit mit Wilfried von Bredow veröffentlichte er seine Ergebnisse über die Grünen ein Jahr später noch einmal gesondert im *Deutschland Archiv*, vgl. Bredow, Wilfried von et al.: Dreimal Deutschlandpolitik. Deutschlandpolitische Ansätze der Partei der GRÜNEN, *Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik* 19/1 (1986).

German Relations.¹⁶ 1987 beschäftigte sich außerdem Gerd Langguth in dem von Manfred Langner herausgegebenen Sammelband „Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei“ mit der Deutschlandpolitik der Grünen.¹⁷ Interessant ist vor allem das Fazit Reinhard Stuths, der 1984 eine Analyse der Außen- und Deutschlandpolitik der Grünen veröffentlichte. Er kommt zu dem Schluss, dass die Haltung der Grünen „von einer Übereinstimmung mit sowjetischen Interessen bis zur kritischen Solidarität mit westlichen Vorstellungen“ reichte.¹⁸ Damit gibt er einen ersten wichtigen Hinweis auf die starke Heterogenität Grüner Deutschlandpolitik.

Die Argumente und Ergebnisse der genannten Beiträge bilden eine gute Basis für die Analyse Grüner Deutschlandpolitik. Aufgrund ihres frühen Erscheinungspunktes und des eher kleinen Umfangs bleibt ihre Aussagekraft jedoch begrenzt. Ähnliches gilt für den Aufsatz von Annette von der Heyde, der 1992 im „Handwörterbuch zur deutschen Einheit“ erschien und für den Beitrag Heinrich Potthoffs bei der vom Deutschen Bundestag eingerichteten Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Während sich Heinrich Potthoff darauf konzentriert, zukünftige Forschungsansätze herauszuarbeiten,¹⁹ geht Annette von der Heyde einen Schritt weiter. Sie argumentiert, dass die Deutschlandpolitik der Grünen ein Zusammenspiel unterschiedlicher Strömungen darstellte und skizziert diese kurz. Allerdings wird eine methodisch exakte und mit ausreichend Quellen belegte Differenzierung dieser Strömungen dann etwas vernachlässigt.²⁰

Die Frage nach dem Verhältnis der Grünen zur DDR wird außerdem in den allgemeinen Werken über die Grünen gestreift, die vor und nach 1989 erschienen. Nennenswert sind hier vor allem die Beiträge von Hubert Kleinert, Joachim Raschke, Rudolf van Hüllen und Ludger Volmer.²¹ Ihre Beiträge beantworten die Frage nach dem Verhältnis der Grünen zur DDR allerdings nur oberflächlich. Dies liegt daran, dass in diesen Arbeiten die Deutschlandpolitik lediglich als Randbereich der Außenpolitik aufgegriffen wird.

¹⁶ Vgl. Gransow, Volker: A Greening of German-German Relations?, in: Eva Kolinsky (Hrsg.), *The Greens in West Germany. Organisation and Policy Making* (German Studies Series; Oxford/New York/München, 1989).

¹⁷ Vgl. Langguth, Gerd: Die Deutschlandpolitik der Grünen, in: Manfred Langner (Hrsg.), *Die Grünen auf dem Prüfstand. Analyse einer Partei* (Bastein-Lübbe Taschenbuch, Bd. 60; Bergisch Gladbach, 1987).

¹⁸ Stuth, Reinhard: Die Außen- und Deutschlandpolitik der Grünen, in: Klaus Gotto/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Die GRÜNEN - Partei wider Willen* (Studien zur Politischen Bildung, Bd. 9; Mainz, 1984): 54.

¹⁹ Vgl. Potthoff, Heinrich: Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung der CDU/CSU-FDP-Koalition (Kohl/Genscher), die Diskussion in den Parteien und in der Öffentlichkeit 1982–1989, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), *„Die Wechselwirkung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der Sowjetunion im Zeitraum 1970–1989“* (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestags, V/3; Bonn, 1993): 2103f.

²⁰ Vgl. Heyde, Annette von der: Deutschlandpolitik der Grünen, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Handwörterbuch zur deutschen Einheit* (Frankfurt am Main/New York, 1992): 209–216.

²¹ Vgl. Kleinert: *Vom Protest zur Regierungspartei*; Hüllen, Rudolf van: *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Untersuchung zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen „Bewegungspartei“* (Bonn, 1990); Raschke, Joachim: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind* (Köln, 1993); Volmer, Ludger: *Die Grünen und die Außenpolitik - ein schwieriges Verhältnis. Eine Ideen-, Programm- und Ereignisgeschichte grüner Außenpolitik* (Münster, 1998).

Ein erster Versuch, die Deutschlandpolitik der Grünen offiziell aufzuarbeiten, wurde von dem Grünen Politiker Wilhelm Knabe im Rahmen der vom Deutschen Bundestag eingerichteten Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland unternommen. Wilhelm Knabe beschäftigt sich dabei vor allem mit der Kooperation von Westparteien und DDR-Opposition, wobei die Grünen im Mittelpunkt der Analyse stehen. Sein 1995 erschienener Report geht unter anderem darauf ein, inwiefern die Oppositionsgruppen in der DDR von der Unterstützung durch die Grünen profitierten. Dabei kommt Knabe vor allem der Verdienst zu, die Bedeutung einzelner Akteure bei den Grünen aufzuzeigen. Aufgrund des engen Fokus der Fragestellung bleiben Fragen nach den Beziehungen der Grünen zur SED und zur DDR als Staat aber unbehandelt.²²

An der Freien Universität Berlin wurde zudem im Rahmen des „Forschungsprojekt Neue Soziale Bewegungen“ in den 1990er Jahren eine erste Bestandsaufnahme über die Grüne Deutschlandpolitik angefertigt. Die Studie blieb unveröffentlicht, ist aber im Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) einzusehen.²³ Sie skizziert Zusammenhänge und Kontinuitäten in der Grünen Deutschlandpolitik der 1980er Jahre und die Haltung der Partei zum Prozess der deutschen Wiedervereinigung am Ende des Jahrzehnts. Sie benennt dabei nicht nur wichtige Eckpunkte Grüner Deutschlandpolitik, sondern leistet außerdem einen ersten Schritt zur Einordnung einzelner Aktionen und Maßnahmen in einen übergeordneten Zusammenhang. Vom Standpunkt dieser Arbeit aus betrachtet kommt dabei jedoch die detaillierte Analyse der verschiedenen innerparteilichen Strömungen zu kurz, da sie nur skizzenhaft umrissen werden.

Fünf Jahre nach der Deutschen Einheit lieferte zudem Roland Wunsch eine Analyse Grüner Positionen im Wiedervereinigungsprozess.²⁴ Wunsch war selbst Mitglied der Grünen und bietet daher ebenso wie Wilhelm Knabe eine Art Innenansicht der Geschehnisse an. Damit einher geht allerdings der Nachteil, dass in den Ausführungen immer auch eine subjektive Note mitschwingt. Die Arbeit von Roland Wunsch ist als eine fundierte, dabei aber eher deskriptive Skizzierung Grüner Deutschlandpolitik zu verstehen. Allerdings unterscheidet er nicht zwischen deutschlandpolitischen Maßnahmen und den ihnen zugrundeliegenden Einstellungen. Die Motivation der einzelnen Politiker bleibt somit im Dunkeln.

Die drei Arbeiten von Wilhelm Knabe, Roland Wunsch und den Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin sind insofern von besonderer Bedeutung für die vorliegende Arbeit, als mit der deutschen Wiedervereinigung zunächst die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und eine mögliche Unterwanderung bundesdeutscher Parteien durch die SED als vorrangiges Ziel in den Fokus von Politik und Forschung rückte. Als Gegenpol zu diesen Arbeiten und für eine umfassende Analyse Grüner Deutschlandpolitik sind diese Arbeiten daher ein unverzichtbarer Beitrag.

²² Vgl. Knabe, Wilhelm: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), *Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur* (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestags, VII/2; Baden-Baden, 1995).

²³ Vgl. Forschungsprojekt Neue Soziale Bewegungen, AGG, G 01 FU-Berlin Spezialarchiv Die Grünen /Akte 597.

²⁴ Wunsch, Roland: *Das Ende der Alternative. Die Grünen in der Wiedervereinigung* (Bonn, 1995).

Die meisten Arbeiten über das Verhältnis der Grünen zur DDR, die in den Jahren unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der DDR erschienen, konzentrierten sich in der Regel auf die Frage einer möglichen Unterwanderung der Grünen Partei durch die SED. Ein Beispiel ist das Werk von Hubertus Knabe über die Westarbeit der DDR-Staatssicherheit.²⁵ Im Rahmen der vom Bundestag eingerichteten Enquete-Kommission beschäftigte sich außerdem Jochen Staadt mit der „Einflußnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik.“²⁶ Neben diesen Publikationen machten sich auch Carlo Jordan, Armin Mitter und Stefan Wolle daran, einen „Zwischenbericht“ über die Grünen in der politischen Strategie der SED-Führung zu verfassen. Auf Grundlage der Akten der DDR-Staatssicherheit geben sie einen ersten Eindruck dessen, was die offiziellen Stellen der DDR von den Grünen gehalten haben. Sie konzentrierten sich dabei vor allem auf die öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Grünen in den ersten Monaten nach Einzug ins Parlament sowie die Haltung der Grünen zu den Friedens- und Umweltgruppen in der DDR. Der Bericht kann als erster Versuch verstanden werden, die Quellenlage des MfS über die Grünen zu sichten und zu ordnen. Er enthält bereits eine relativ detaillierte Analyse der von den Grünen 1983 durchgeführten „Alexanderplatzaktion.“ Weitere Aspekte Grüner Deutschlandpolitik bleiben jedoch schemenhaft. Der Bericht blieb bis dato unveröffentlicht, ist aber bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik (BStU) und im Archiv Grünes Gedächtnis einzusehen.

Eine recht umfassende Arbeit über die Einflussnahme des Ostblocks auf die Grünen als Teil der westdeutschen Friedensbewegung, vor allem in den Jahren vor dem Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag, veröffentlichte Udo Baron im Jahr 2003.

Wir verdanken den Arbeiten über die Rolle der Grünen im politischen Kalkül der SED die wichtige Erkenntnis, dass die Einschätzung der Grünen durch die SED während der gesamten achtziger Jahre ambivalent blieb. Es wurden mehrere Versuche der Einflussnahme unternommen. Einige dieser Versuche waren erfolgreich, wie die Teilnahme prominenter Grüner an der Krefelder Initiative oder das Anwerben von Informellen Mitarbeitern (IM) für den Staatssicherheitsdienst der DDR zeigen. Insgesamt jedoch gelang es SED und MfS nicht, die Grünen in signifikantem Ausmaße für ihre Politik zu instrumentalisieren.

Die Arbeiten über die Einflussnahme der SED auf die Grünen sind ein wichtiger Beitrag für ein Gesamtbild der deutsch-deutschen Beziehungen, die jedoch ihr Hauptaugenmerk auf eine andere Fragestellung legen als die vorliegende Dissertation. Handlungsmotive der Grünen und innerparteiliche Klärungsprozesse werden, wenn überhaupt, nur kurz gestreift. Außen vor bleibt die Frage nach den zu Grunde liegenden Motivationen und Zielsetzungen der Grünen selbst.

Die folgenden Ausführungen deuten an, dass die vorgestellten Arbeiten nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch verschiedene Vor- und Nachteile der Analyse

²⁵ Vgl. Knabe, Hubertus: *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen* (Berlin, 1999).

²⁶ Vgl. Staadt, Jochen: Versuche der Einflussnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), *„Die Wechselwirkung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der Sowjetunion im Zeitraum 1970–1989“* (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestags, V/3; Bonn, 1993).

bieten. Ein Teil der Arbeiten greift auf die Unterteilung der Grünen Partei in deutschlandpolitische Strömungen zurück, andere nicht. Zu den Beiträgen, die auf eine Einteilung in Strömungen verzichten, gehören unter anderem die Arbeiten von Roland Wünsch und Hubertus Knabe. Sie haben mit mehreren Problemen zu kämpfen. Ohne eine solche Unterteilung ergibt sich ein tendenziell deskriptiver Ansatz, der die deutschlandpolitische Linie der gesamten Partei auf die als jeweils dominant empfundene Strömung verkürzt. Problematisch ist, dass dabei die verschiedenen Meinungen, Ziele und Vorgehensweisen der einzelnen Gruppen vollkommen unberücksichtigt bleiben. So kommt Hubertus Knabe nicht umhin, die jeweils dominierende Strömung oder auch nicht abgesprochene Einzelaktionen allgemein als Deutschlandpolitik der gesamten Partei darzustellen.²⁷

Daraus folgt, dass die Einteilung der Grünen Deutschlandpolitik in Strömungen methodisch durchaus sinnvoll ist. Sie ermöglicht es, die Vielzahl an Einzelmeinungen bei den Grünen zu bündeln und so die für eine wissenschaftliche Analyse notwendige Reduktion herzustellen, ohne dabei Gefahr zu laufen, Einzelmeinungen als Gesamtmeinung der Partei darzustellen. Diese Arbeit folgt daher dem Ansatz einer strömungsorientierten Gliederung. In Kapitel 3 werden die Vor- und Nachteile der bislang von der Forschung vorgenommenen Unterteilungen diskutiert und ein eigener Ansatz dargestellt.

Der bisherige Forschungsstand beleuchtet einzelne und durchaus wichtige Aspekte der Grünen Deutschlandpolitik, ohne dabei allerdings ein umfassendes Gesamtbild zu schaffen.

So verdanken wir den bislang erschienenen Arbeiten über die Deutschlandpolitik der Grünen in den 1980er Jahren wichtige Hinweise auf Aktionen und Motive der Partei. Einige Einzelaktionen, vor allem aus den ersten Monaten der Grünen im Parlament, sind bereits relativ umfassend dokumentiert. Allerdings sind viele der bisher erschienenen Beiträge in ihrem zeitlichen Umfang begrenzt. In anderen Fällen liegt das Hauptaugenmerk der Analyse nicht auf den Handlungen und Zielen der Grünen, sondern vielmehr auf der Frage, inwiefern die Partei durch die SED beeinflusst wurde. Auch bei der bisherigen Ausdifferenzierung der Strömungen treten, wie gesagt, methodische Ungenauigkeiten auf.

Mit der Analyse der Grünen Deutschlandpolitik in dieser Arbeit sollen diese Lücken geschlossen werden. Gleichzeitig werden nicht nur die bereits vorhandenen Analysen kritisch einbezogen, sondern auch die Arbeiten zur versuchten Einflussnahme der SED auf die Grünen integriert und der Ansatz einer strömungsbezogenen Differenzierung weiterentwickelt.

Die Parteistruktur der Grünen wurde durch die Existenz von dominierenden „Meinungsführern“ geprägt, die dazu tendierten, eine „anleitende Rolle“ zu übernehmen und um die herum sich „machtpolitische Seilschaften“ bildeten.²⁸ Die Haltung der einzelnen Gremien und Institutionen spielte demgegenüber bei den Grünen eine eher untergeordnete Rolle. Anhand der Aussagen dieser dominierenden Akteure

²⁷ Anm.: Entsprechend kommt er vor dem Hintergrund spektakulärer Einzelaktionen von Grünen im Herbst 1983 zu dem Schluss, dass zu Beginn der ersten Legislaturperiode „für die Grünen“ die Zusammenarbeit mit den Basisgruppen der DDR „eindeutig“ im Vordergrund gestanden habe. Für das Jahr 1984 macht er dann eine „Neuorientierung“ der Politik aus, die sich fortan vor allem auf Kontakte „zu den Machtbabern in Ostberlin“ konzentrierte, vgl. Knabe: *Untervanderte Republik*: 74.

²⁸ Hüllen: *Ideologie und Machtkampf*: 434.

lassen sich daher die einzelnen deutschlandpolitischen Strömungen in der Partei umfassend herausarbeiten.

Diese Arbeit greift also die in der Forschung bereits unternommenen Versuche einer strömungspolitischen Gliederung der Deutschlandpolitik der Grünen auf. Sie zieht aber aus den methodischen Ungenauigkeiten der bisherigen Arbeiten den Schluss, dass eine Behandlung des Themas nur durch die Trennung zweier Analyseebenen wirklich erfolgreich sein kann. Die erste Ebene bildet der innerparteiliche Diskurs über die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und damit über das Verhältnis der Grünen zur SED als legitime, beziehungsweise effektive Regierung des anderen Deutschlands. Die zweite Ebene beschäftigt sich mit dem tatsächlichen Auftreten der Grünen gegenüber der DDR als Staat und mit den Diskussionen um die richtige Politikstrategie innerhalb der deutsch-deutschen Beziehungen. Ein konsistentes Bild der Grünen Deutschlandpolitik lässt sich nur erreichen, indem zwischen den beiden Themenkomplexen „Frage der Deutschen Einheit“ und „Umgang mit der DDR“ unterschieden wird.

Gliederung

Die Analyse ist chronologisch gegliedert. Sie besteht aus zwei Teilen: Dem Verhältnis der Grünen zur DDR in den Jahren vor ihrem Einzug ins Parlament, 1979 bis 1983, und der Grünen Deutschlandpolitik von 1983 bis 1990.

Am Beginn des ersten Teils steht ein einleitendes Kapitel über die politischen und gesellschaftlichen Wurzeln der Grünen. Diese sollten für ihr Verhältnis zur DDR entscheidend sein. Die Entstehung der Grünen wird dabei als dreistufiger Prozess verstanden, an dessen Ausgangspunkt die Außerparlamentarische Opposition (APO) der 1960er und 1970er Jahre stand. Auf ihr aufbauend bildeten sich in den 1970er Jahren zahlreiche Bürgerinitiativen vor allem mit den Schwerpunkten Frieden und Ökologie. Aus diesen gingen schließlich 1979/80 die Grünen hervor.

Es wird deutlich, dass die Themenkomplexe Frieden, Umweltschutz und Menschenrechte prägend für das Verhältnis der Grünen zur DDR waren. Daher folgt ein kurzer Überblick darüber, wie sich der andere deutsche Staat hinsichtlich dieser Themenbereiche verhielt. Es wird aufgezeigt, dass außerdem die in den deutsch-deutschen Beziehungen stets mitschwingende Frage nach einer möglichen Deutschen Einheit auch die Grünen nicht unberührt ließ.

In einem nächsten Schritt werden erste deutschlandpolitische Positionierungen der Grünen im Rahmen der Friedensbewegung in den Jahren 1979 bis 1983 beleuchtet. Dabei ging es den Grünen vor allem um die Frage einer Äquidistanz zu den beiden Supermächten und ihren Blöcken und um die Frage einer berechtigten Kritik an der Rüstung und den Menschenrechtsverletzungen des Ostblocks. Der Streit über diese Fragen entzündete sich immer wieder auch an der Frage nach dem Verhältnis der Grünen zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Die DKP war stark von der SED beeinflusst. Daher kann das Verhältnis der Grünen zur DKP als eine Art Vorläufer zu ihrem Verhältnis zur SED gewertet werden.

Diesem einleitenden Teil folgt die eigentliche Analyse Grüner Deutschlandpolitik. Entsprechend werden im dritten Kapitel die deutschlandpolitischen Strömungen der

Grünen und ihre wichtigsten Akteure vorgestellt. Dabei wird unterschieden zwischen dem Umgang der einzelnen Strömungen mit der DDR und ihrer Haltung zur deutschen Zweistaatlichkeit.

Auf dieser Grundlage wird dann im vierten Kapitel die Deutschlandpolitik der Grünen in der ersten Legislaturperiode der Partei im Deutschen Bundestag analysiert. Sie umfasste die Jahre von 1983 bis 1987. Zunächst geht es um die Haltung der Grünen zur Deutschen Frage. Anhand von fünf Hauptstreitpunkten wird die Auseinandersetzung der Partei mit der deutschen Zweistaatlichkeit analysiert. Es wird aufgezeigt, wie es dazu kam, dass die Grünen Mitte der 1980er Jahre zur einzigen Partei im Deutschen Bundestag wurden, die eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR forderte, ohne jedoch eine einheitliche Meinung zu einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten aufweisen zu können.

Das direkte Verhältnis der Grünen zur DDR in der ersten Legislaturperiode wird schließlich anhand von drei Zeitabschnitten betrachtet. Besondere Bedeutung kommt dem Jahr 1983 zu, das geprägt war von spektakulären Auftritten Grüner Abgeordneter in der DDR und einem Besuch einer Grünen Delegation beim Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker.

Den zweiten Abschnitt bilden die Jahre 1984 bis 1985/86, in denen die Grünen vor allem auf innerparteiliche Diskussionen zurückgeworfen wurden. Betrachtet werden aber auch die persönlichen Begegnungen von Grünen und SED-Mitgliedern, sowie der – meist einseitige – Schriftverkehr zwischen den Grünen und der Sozialistischen Einheitspartei. Außerdem gelang es den Grünen in diesen Jahren, ihre Kontakte zur Opposition in der DDR auszubauen.

Der letzte Abschnitt umfasst die Jahre 1985/86 bis 1987. Sie wurden dominiert durch die innerparteiliche Auseinandersetzung über die Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfragen, eine zunehmend „stillere“ Politik gegenüber der SED und die anhaltende Solidarisierung mit der DDR-Opposition durch eine kleine Gruppe von Grünen.

Das fünfte und letzte Kapitel widmet sich der Grünen Deutschlandpolitik in der zweiten Legislaturperiode von 1987 bis 1990. Auch hier steht zu Beginn die Frage nach dem Umgang der Grünen mit der Deutschen Frage. Sie wurde vor allem durch die zunehmende Polarisierung innerhalb der Partei und die Aufspaltung in die zwei dominierenden Flügel von Realpolitikern und Fundamentalisten bestimmt.

Die Analyse des Verhältnisses der Grünen zur DDR in der zweiten Legislaturperiode gliedert sich in zwei Abschnitte. Die Politik der Grünen gegenüber der DDR in den Jahren 1987 bis 1988 umfasste vereinzelte Kontakte zur SED, die anhaltende Unterstützung der Oppositionsgruppen und den Versuch, das Thema Umweltschutz stärker in den Mittelpunkt der deutsch-deutschen Kontakte zu rücken.

Am Ende der zweiten Legislaturperiode standen schließlich der Fall der Berliner Mauer und der beginnende Wiedervereinigungsprozess. Es wird aufgezeigt, wie sich die deutschlandpolitischen Strömungen der Grünen mit dem raschen Wandel der politischen Lage in diesen Jahren auseinandersetzten und wie sich die Partei verzweifelt bemühte, angesichts der brisanten Situation nach knapp zehn Jahren endlich zu einem deutschlandpolitischen Konsens zu gelangen. Die Analyse findet ihr Ende mit den gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 und dem endgültigen Niedergang der DDR.

Somit wird der Bogen gespannt von den chaotischen und turbulenten Anfangsjahren der Grünen Deutschlandpolitik hin zu der ruhigen zweiten Hälfte des Jahrzehnts, das dann abermals in Turbulenzen, dem Fall der Berliner Mauer und dem schwierigen Weg zur Deutschen Einheit, mündete.

Quellenkorpus

Methodische Grundlage der vorliegenden Arbeit ist die Quellenkritik. Dabei stützt sie sich auf einen breiten Quellenkorpus. Dazu gehören zunächst in den siebziger und achtziger Jahren publizierte Stellungnahmen von Grünen Politikern in Form von Monographien, Aufsätzen und Zeitungartikeln.

Außerdem wurden die offiziellen Partei- und Wahlprogramme und Kampagnen der Grünen in den Blick genommen. Sie sind als Identitätserklärungen, als ein „Medium der Selbstdefinition“ und als Versuch eines „Gruppenkonsens“ zu verstehen.²⁹ Für die Analyse ist entscheidend, dass die von den Grünen verabschiedeten Programme zwar einen Konsens darstellten, dass sie aber bei Weitem nicht die Meinungen aller Mitglieder widerspiegelten. Gegenläufige Meinungen und Politikkonzepte waren in der Partei weiterhin vertreten und bestimmten ihre Politik aktiv mit. Die Programme können daher auch als eine Art „Ausstellungsort der internen Machtposition“ betrachtet werden³⁰ und geben Indizien dafür, welche Strömung innerhalb der parteiinternen Debatte zur Deutschlandpolitik zu einem spezifischen Zeitpunkt dominierte.

Hinzu kommen von den Grünen publizierte Faltposter und Pressemitteilungen. Die Faltposter geben einen guten Eindruck über die Arbeit einzelner Gruppen. Pressemitteilungen spiegeln in manchen Fällen innerparteiliche Auseinandersetzungen wider, die bei den Grünen oftmals auch öffentlich ausgetragen wurden. In anderen Fällen dienten sie als Medium, um Konsensentscheidungen der Partei zu verbreiten.

Zusätzlich umfasst der Quellenkorpus parteiinterne Korrespondenzen der Grünen. Diese Primärquellen ermöglichen es vor allem, innerparteiliche Klärungsprozesse, Meinungskämpfe und Entwicklungsprozesse herauszuarbeiten. Die Grundlage dafür bilden zunächst mehrere Materialsammlungen.³¹ Dazu gehören die von Rolf Stolz in den 1980er Jahren herausgegebenen Materialbriefe ebenso wie die von Reinhard Kaiser im Auftrag des Bundesvorstandes der Grünen 1992 zusammengestellte Dokumentensammlung über die Deutschlandpolitik der ersten Legislaturperiode der Grünen im Deutschen Bundestag. Sie wurde durch Robert Camp, Mitarbeiter des Archivs Grünes Gedächtnis, ergänzt. Hinter einer 1994 zusammengestellten Dokumentation der Grünen Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren stehen Elisabeth Weber und Ursula Jaerisch. Zusätzlich hielten die Grünen 1994 in der Hessischen Landesvertretung in Bonn ein Diskussionsforum zur Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren ab.

²⁹ Raschke: *Die Grünen*: 95.

³⁰ Ebd.: 98.

³¹ Anm.: *Dokumente, die aus Materialsammlungen zitiert werden, enthalten keine Seitenangaben.*